

Haushaltsrede

von Petra Vogt,
Vorsitzende der CDU-
Ratsfraktion

am Montag, 25. Juni 2012

Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lensdorf,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kollegen,

„Gut gedacht, schlecht gemacht!“ So könnten wir Duisburger das Stärkungspaket Stadtfinanzen verstehen: Viel wurde von der Landesregierung versprochen, wenig gehalten, aber noch mehr in Aussicht gestellt.

Eine Stadt wie Duisburg soll mal eben 82 Mio. Euro einsparen...und das über einen Zeitraum von wenigen Jahren. In Zeiten, in denen die Stabilität ganzer Nationen von Kreditgebern und Ratingagenturen gefährdet wird. Die Stadtverwaltung hat uns deswegen einen Plan vorgelegt, der zudem auch noch wunderschön heißt: Haushaltssanierungsplan.

Der Plan ist inhaltlich aber nicht mehr wunderschön: Anhebungen von Steuern, Kürzungen bei Kultur, Sport und dem Zoo. Vieles, was das urbane Leben ausmacht und was vor kurzem noch unvorstellbar war, soll

wegfallen. Und wie es sich für eine rechtschaffende Verwaltung gehört, kommen am Ende auch genau 82 Mio. Euro raus, genau wie vom SPD-Innenminister Ralf Jäger gefordert.

Damit können viele Duisburger aber nicht leben, u.a. auch Ralf Jägers Genossen im Duisburger Stadtrat. Also werden flugs die aus SPD-Sicht gemeinen Dinge herausgestrichen und anstatt ehrlichem Sparen wilde Aktionen und Luftbuchungen eingefügt. Heraus kommt ein Paket, das wahrscheinlich nicht mal mehr als die Hälfte der Sparsumme einbringt. So weit, so schlecht.

Und hier zeigt sich das Grundproblem, das die SPD mit dieser Stadt hat: Sie lässt niemanden mitreden, zuhören ist sowieso schwierig und andere Meinungen sind Ihnen ebenfalls unwichtig. Nur haben wir Duisburger ein lebenswichtiges Problem, bei dem alle an der Lösung mitarbeiten müssen, nämlich die Sicherung des finanziellen Überlebens unserer Heimat. Deswegen hat die CDU-Fraktion seit Jahren die Einrichtung einer Arbeitsgruppe oder Kommission gefordert, damit wir in

Ruhe darüber reden können – und zwar parteiübergreifend – was wichtig ist in dieser Stadt:

- Brauchen wir eine Oper?
- Brauchen wir einen Zoo?
- Können wir auch mit weniger Verwaltung die vom Bund und vor allem vom Land aufgebürdeten Pflichtaufgaben lösen?
- Kann der Sport auch mit weniger Hallen, Bädern und Zuschüssen überleben?
- Brauchen wir so viele städtische Töchter, Gesellschaften und Eigenbetriebe?

All dies wären Fragen gewesen, über die wir gemeinsam hätten beraten können, um auf einer gesicherten Erkenntnisbasis DIE Entscheidungen zu fällen, die uns heute vom Land abgezwungen werden, nämlich die Kernfrage, wo wir städtisches Engagement umorganisieren, einstellen oder zumindest deutlich kürzen werden.

Die CDU-Fraktion hat seit 2010 auf Einrichtung so einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe gedrängt. Wir haben es beantragt, diskutiert und vehement vertreten.

Vergebens.

Jetzt stehen wir hier und können im Grunde den Wald vor lauter Bäumen kaum noch sehen, weil hunderte von Seiten unterschiedlicher Pläne mit Kürzungsvorschlägen, Einsparungen und Gegeneinsparungen vorliegen.

Gleichzeitig präsentiert uns die rot-rot-grüne Ratsmehrheit ein Papier, das alles in der Bürgerschaft Unpopuläre verhindern will und urplötzlich Finanzierungswege findet, die vorher keiner kannte.

Dass geltendes Recht, Vertragsvereinbarungen oder einfach mal das Urheberrecht beim Abschreiben von CDU-Kompensationen verletzt werden, ist dabei nebensächlich. Man könnte fast darüber lachen, wenn es nicht so traurig wäre.

Hier werden von der SPD-geführten Ratsmehrheit lustige Zahlenreihen eingeworfen, Luftnummern eingespeist und heftig gewürfelt, damit zumindest auf dem geduldigen Papier die 82 Mio. Euro erreicht werden.

Ich frage mich dabei nur, was wird ihr Innenminister und Chef der Duisburger Sozialdemokraten dazu sagen, wenn die Stadt mit der größten Landeshilfe der Öffentlichkeit ein löchriges Papier mit Eckdaten und Wunschzahlen präsentieren wird? Sind dann wieder andere Schuld oder erkennen die vor mir sitzenden Ratsmitglieder, dass Kommunalpolitik mehr bedeutet, als Verantwortung einzufordern, sondern eben auch selbst zu übernehmen?

Die CDU-Fraktion hat diesen – wahrscheinlich für alle – schmerzlichen Prozess bei den Haushaltsberatungen erfahren. Wir werden deswegen aber nicht für eine sowieso nicht mögliche Gewerbe- und Grundsteuersenkung eintreten, weil es einfach in der jetzigen Lage nicht vertretbar wäre, wenn man verantwortungsvoll für die Stadt handeln will. Wäre der

finanzielle Spielraum ein anderer, könnte man mit einer Steuersenkung gezielt neue Unternehmen ansiedeln und neue Arbeitsplätze schaffen. Diesen Spielraum haben wir aufgrund der dramatischen Lage leider nicht mehr.

Wir sehen ebenfalls ein, dass über die Struktur und Ausrichtung aller Gesellschaften und Eigenbetriebe diskutiert werden muss, und zwar nicht nur über die wenigen, an deren Spitze noch kein Geschäftsführer mit SPD-Parteibuch sitzt.

Wenn man den Bürgerinnen und Bürger erklären muss, dass viele Einsparungen unvermeidlich sind, kann man das nur glaubhaft vertreten, wenn man auch im eigenen Bereich Einschnitte vornimmt. Daher ist die CDU-Fraktion auch der Auffassung, dass bei den Bezirksvertretern und Ratsmitgliedern gekürzt werden darf. Nicht, weil das derzeit en vogue ist oder die Aufgaben der ehrenamtlichen Kommunalpolitik weniger geworden sind, sondern einfach aus der Notwendigkeit, den Menschen auf der Straße zu zeigen, dass kein Bereich tabu ist.

Diese Entscheidungen fallen niemanden leicht, aber sie wären allen viel leichter gefallen, wenn wir sie einmal zusammen diskutiert hätten, um die wesentlichen Prioritäten zu setzen, wie es mit unserer Heimatstadt in den nächsten Jahren weitergehen soll. Wie kann es sein, dass es innerhalb 6 Wochen verantwortungsvoll gelingen soll, ein Sparpaket zu beraten und ohne Alternativvorschläge der Verwaltung auf die geforderte Summe von 82 Mio. Euro zu kommen?

Hätten wir bereits nach der Einbringung des Haushalts im Januar zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Einschnitte diskutieren können, hätten sich viele Sparvorschläge anders dargestellt, weil sich durch bürgerschaftliches Engagement andere Organisationsformen hätten finden lassen. Die Missachtung der Bürger besteht aber nicht nur darin, dass man ihnen lediglich wenige Wochen Zeit gibt, um Konzeptionen für lieb gewonnene Einrichtungen zu erarbeiten, sondern auch darin, die Bürger erst dazu aufzurufen, eigene Sparvorschläge zu entwickeln, die man dann der ehrenamtlichen Kommunalpolitik wenige

Tage vor der entscheidenden Sitzung auf den Tisch wirft. Wie sollen wir Politiker dies noch in unsere eh schon zeitlich überfrachteten Beratungen aufnehmen. Dies ist keine ehrliche Bürgerbeteiligung, sondern lediglich Augenwischerei!

Leider haben wir jedoch ein System des Durchwurschtelns, das die SPD hier seit der letzten Kommunalwahl konsequent praktiziert, mit dem Ergebnis, dass den Bürgern viele Belastungen zugemutet werden, ohne dadurch die finanziellen Probleme der Stadt auch nur ansatzweise zu lösen. Das kann aber keine Antwort sein. Und was Ihre Wähler davon halten, liebe Kollegen und vor allem Kolleginnen von den Grünen und Linken, haben sie Ihnen ja am 17. Juni gezeigt: nämlich nichts.

Ich bekräftige hier noch einmal ganz deutlich zum x-ten Mal das Angebot der CDU-Fraktion: Lassen Sie uns zusammen überlegen, wie wir unsere Stadt retten können. Und vor allem hören Sie auf, uns, die Bürger und vor allem sich selbst damit zu täuschen, dass alles schon von alleine gut werden wird.

An die Damen und Herren aus unserer Verwaltung vielen Dank für dieses harte Stück Arbeit. Auch wenn wir mit einigen Vorschlägen nicht einverstanden sind und uns Alternativen gewünscht hätten, haben Sie zumindest gezeigt, wie es gehen könnte. Wie wir uns unter dem enormen Zeit- und Beratungsdruck Alternativen vorstellen könnten, zeigen die Anträge zum Haushaltssicherungsplan auf ihren Tischen.

Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.